

# Der Wortlaut von Wilsons Botschaft.

Die im Auszug bereits mitgeteilte Ansprache, die Präsident Wilson am 2. d. M. an den in gemeinsamer Sitzung versammelten Kongress richtete und in der er den Kongress aufforderte, das Bestehen des Kriegszustandes gegen Deutschland festzustellen, hat, nach einem Funkspruch des W. S. B., folgenden Wortlaut:

„Meine Herren vom Kongress! Ich habe den Kongress zu einer außerordentlichen Sitzung einberufen, weil ernste, sehr ernste politische Entschlüsse sofort zu fassen sind, für die ich die Verantwortung übernehmen möchte.

Am 3. Februar dieses Jahres habe ich Ihnen amtlich die außergewöhnliche Bekanntmachung der Kaiserlich Deutschen Regierung vorgelegt, daß sie vom 1. Februar an beabsichtige, alle Beschränkungen von Gesetz und Menschlichkeit beiseite zu legen und ihre Unterseeboote dazu zu verwenden, jedes Schiff zu versenken, das versuchen würde, sich entweder den Häfen Großbritanniens und Irlands oder den westlichen Küsten Europas oder irgendeinem Hafen im Mittelmeer, der unter der Kontrolle der Feinde Deutschlands steht, zu nähern.

Dies schien der Zweck des deutschen Unterseebootkrieges zu einer früheren Zeit des Krieges gewesen zu sein, aber seit April letzten Jahres hatte die Kaiserliche Regierung den Kommandanten ihrer Unterseeboote einige Beschränkungen auferlegt in Uebereinstimmung mit ihrem uns damals gegebenen Versprechen, daß Passagierschiffe nicht versenkt werden sollten, und daß allen anderen Schiffen, die ihre Unterseeboote zu zerstören versuchen würden, entsprechende Warnung gegeben werden würde, wenn kein Widerstand geleistet oder Fluchtversuch gemacht werde, und daß Sorge getragen werden sollte, daß ihren Mannschaften wenigstens eine günstige Gelegenheit geboten werde, ihr Leben in ihren offenen Booten zu retten.

Die ergriffenen Vorsichtsmaßregeln waren ziemlich dürftig und blieben dem Zufall überlassen, wie das traurige Beispiel beim Fortgang des grausamen und unmännlichen Geschäftes bewiesen haben. Aber ein gewisser Grad von Beschränkung wurde beobachtet. Die neue Politik hat jede Beschränkung beiseite gesetzt.

Schiffe jeder Art, von welcher Art ihre Ladung, ihre Bestimmung oder ihr Auftrag war, sind rücksichtslos ohne Warnung und ohne einen Gedanken an Hilfe oder Mitleid für die an Bord befindlichen Personen auf den Grund des Meeres befördert worden, Schiffe von befreundeten Neutralen Seite an Seite mit denen der Kriegführenden.

Selbst Hospitalschiffe und Schiffe, die dem schwer beraubten und geschlagenen Volke Belgiens Hilfe brachten, wurden, obgleich die letzteren mit sicherem Geleit durch die vorgeschriebenen Gebiete von der deutschen Regierung selbst versehen worden waren und durch unverkennbare Abzeichen kenntlich gemacht waren, mit dem gleichen rücksichtslosen prinzipiellen Mangel an Mitleid versenkt.

Ich war für eine kurze Zeit unfähig, zu glauben, daß solche Dinge tatsächlich von irgendeiner Regierung ausgeführt werden würden, die bisher die menschlichen Gebräuche der zivilisierten Völker unterschrieben hatte. Das Völkerrecht hatte seinen Ursprung in dem Versuch, irgendein Gesetz aufzurichten, das auf den Meeren geachtet und befolgt werden würde, wo keine Nation ein Recht auf Herrschaft hatte und wo die freien Verkehrsstraßen der Welt lagen.

Mühsam, Schritt für Schritt ist das Gesetz aufgebaut worden, mit in der Tat recht magerem Ergebnis, schließlich ward geleistet, was geleistet werden konnte, aber immer mit einem klaren Blick wenigstens auf das, was Herz und Gewissen der Menschheit verlangten.

Dieses Mindestmaß von Gesehmäßigkeit hat die deutsche Regierung beiseite gesetzt unter dem Vorwande der Wiedererregung und der Notwendigkeit und weil sie keine anderen Waffen habe, die sie auf See gebrauchen könnte, als diese. Es ist aber unmöglich, diese so zu verwenden, wie Deutschland sie verwendet, ohne alle Bedenken der Menschlichkeit und Rücksichten auf Vereinbarungen in alle Winde zu streuen, auf deren doch wohl die internationalen Beziehungen der Welt beruhen. Ich denke jetzt nicht an den damit verbundenen Verlust an Vermögen, so ungeheuer und ernst er auch sein mag, sondern nur an die unbedenkliche und völlige Vernichtung der Leben von Nichtkämpfern, Männern, Frauen und Kindern, die in Tätigkeiten begriffen waren, die selbst in den dunkelsten Zeiten der neueren Geschichte als unschuldig und rechtmäßig gelten haben. Vermögen kann ersetzt werden, das Leben friedlicher und unschuldiger Menschen nicht. Der gegenwärtige deutsche Unterseebootkrieg gegen den Handelsverkehr ist ein Krieg gegen die Menschheit.

Er ist ein Krieg gegen alle Nationen. Amerikanische Schiffe sind versenkt worden, amerikanische Leben sind vernichtet worden in einer Weise, von der wir nur mit tiefer Erregung gehört haben. Aber Schiffe und Menschen anderer neutraler und befreundeter Nationen sind in derselben Weise versenkt und in den Wassern begraben worden. Es sind keine Unterschiede gemacht worden, die Herausforderung hat der ganzen Menschheit gegolten. Jede Nation muß selbst darüber entscheiden, wie sie sie aufnehmen will. Die Wahl, die wir für uns treffen, muß mit der höchsten Ueberlegung und dem Maßhalten im Urteil getroffen werden, die unserem Charakter und unseren Beweggründen als Nation angemessen sind. Wir müssen aufgeregte Gefühle beiseite lassen. Unser Beweggrund soll nicht Rachsucht oder der Wunsch nach siegreicher Befestigung der physischen Macht der Nation sein, sondern allein die Vertretung des Menschenrechts, für das wir nur ein einzelner Streiter sind.

Als ich mich am 28. Februar zum letzten Male an den Kongress wandte, glaubte ich, es würde genügen, unsere neutralen Rechte mit Waffen zu verteidigen, unser Recht auf Benutzung der Meere ohne unrechtmäßige Störung, unser Recht auf Sicherheit unseres Volkes vor ungeselliger Gewalttätigkeit. Aber es zeigt sich jetzt, daß bewaffnete Neutralität undurchführbar ist. Weil Unterseeboote eigentlich außerhalb jedes Rechtes stehen, wenn sie so verwendet werden, wie die deutschen Unterseeboote gegen die Handelschiffahrt verwendet worden sind, ist es unmöglich, Schiffe gegen ihre Angriffe zu verteidigen, wie nach Annahme des Völkerrechts sich Kaufahrtschiffe gegen Raper oder Kreuzer (schwarze Fahrzeuge), die sie auf offener See verfolgen, verteidigen würden,

Es ist ein Gebot der einfachen Klugheit, ja unter solchen Umständen harte Notwendigkeit, zu versuchen, sie zu vernichten, ehe sie ihre Absichten kundgegeben haben. Man muß auf Sicht gegen sie vorgehen, wenn man überhaupt gegen sie vorgehen will. Die deutsche Regierung bestreitet dieses Recht der Neutralen, überhaupt in den Seegebieten, die sie angegeben hat, Waffen zu gebrauchen, selbst nicht zur Verteidigung von Rechten, deren Verteidigung noch von keinem neueren Schriftsteller in Frage gestellt worden ist. Es ist uns die Angabe übermittelt worden, daß die bewaffneten Bootposten, die wir auf unsere Kaufahrtschiffe gesetzt haben, als außerhalb des Rechtes stehend angesehen und so behandelt werden sollen, als wären sie Seeräuber.

Bewaffnete Neutralität ist nicht wirkungsvoll genug, wenigstens nicht unter solchen Umständen, und angesichts solcher Annahmungen ist sie schlimmer als unwirksam; sie führt nur zu leicht das herbei, was sie verhindern soll und sie führt uns in Wirklichkeit sicher in den Krieg, ohne daß wir die Rechte oder Machtmittel der Kriegführenden haben. Wir werden nicht den Weg der Unterwerfung wählen und dulden, daß die heiligsten Rechte unserer Nation und unseres Volkes außer acht gelassen oder verletzt werden. Das Unrecht, gegen das wir jetzt auftreten, ist kein gewöhnliches Unrecht; es reicht bis an die Wurzeln des menschlichen Lebens.

Mit diesem Gefühl für den ersten und sogar tragischen Charakter des Schrittes, den ich unternehme, und für die schwere Verantwortung, die er auferlegt, aber in Gehorsam ohne Säubern gegen das, was ich als meine verfassungsmäßige Pflicht ansehe, empfehle ich, daß der Kongress erklärt, daß das jüngste Vorgehen der deutschen Regierung in Wirklichkeit nichts weniger ist als Krieg gegen die Regierung und Volk der Vereinigten Staaten, daß der Kongress formell die Rolle des Kriegführenden annimmt, in die er so gedrängt worden ist, und daß er sofort Schritte unternimmt, nicht nur, um das Land in einen vollständigen Verteidigungszustand zu versetzen, sondern auch alle Machtmittel anzuspannen, alle Hilfsmittel anzuwenden, um die Regierung des Deutschen Reiches zu zwingen, Bedingungen anzunehmen und den Krieg zu beenden.

Was dies mit sich bringen wird, ist klar. Es wird mit sich bringen weitestgehendes Zusammenarbeiten in Rat und Tat mit den Regierungen, die sich jetzt im Krieg mit Deutschland befinden, und im Zusammenhang damit die Gewährung finanzieller Kredite an diese Regierungen, damit unsere Hilfsmittel, soweit wie möglich, den übrigen hinzugefügt werden. Es wird mit sich bringen die Organisierung und Mobilisierung aller materiellen Hilfsmittel des Landes, um Kriegesbedarf zu beschaffen und den damit zusammenhängenden Bedürfnissen der Nation in so reichlicher und doch so wirtschaftlicher und wirkungsvoller Weise wie möglich zu dienen. Es wird mit sich bringen die sofortige völlige Ausrüstung der Flotte in jeder Beziehung, namentlich aber durch Versorgung mit den besten Hilfsmitteln, um gegen feindliche Unterseeboote vorgehen zu können. Es wird mit sich bringen die sofortige Vermehrung der bewaffneten Kräfte der Vereinigten Staaten, die schon für den Fall eines Krieges vorgesehen sind, um mindestens 500 000 Mann, die nach meiner Meinung nach dem Grundsatz allgemeiner Dienstpflicht ausgehoben werden sollten, und es wird auch mit sich bringen die Ermächtigung zu nachfolgenden weiteren Vermehrungen in gleicher Stärke, sobald sie gebraucht werden sollten und ausgebildet werden können.

Es wird natürlich auch mit sich bringen die Gewährung entsprechender Kredite an die Regierung, die, wie ich hoffe, soweit sie überhaupt von der gegenwärtigen Generation ausgebracht werden können, durch gut erdachte Besteuerung aufzubringen sein werden, denn es würde mir als unklug erscheinen, die Kredite, die jetzt notwendig sein werden, obgleich auf geborgtes Geld zu stützen.

Es ist, worauf ich mir erlaube mit Nachdruck hinzuweisen, unsere Pflicht, unsere Bevölkerung, so weit wie können, vor den sehr ernsten Gefahren und Risiken zu schützen, die wahrscheinlich aus einer Ueberflutung mit riesigen Anleihen entstehen werden.

Es wird eine sehr werthvolle Pflicht sein, die Völker, die sich schon im Kriege mit Deutschland befinden, mit den Dingen zu versorgen, die sie nur von uns oder durch unsere Unterstützung erlangen können. Sie stehen im Felde, und wir sollten ihnen in jeder Weise helfen, dort erfolgreich zu sein. Ich werde mir die Freiheit nehmen, durch die verschiedensten mit der Exekutive betrauten Aemter der Regierung Maßregeln zur Erreichung der verschiedenen Ziele, die ich erwähnt habe, vorzuschlagen zu lassen. Ich hoffe, Sie werden bei deren Behandlung gern im Auge behalten, daß sie nach sehr sorgfältiger Ueberlegung durch den Zweig der Regierung, auf dem die Verantwortung für die Kriegführung und Sicherheit der Nation in erster Linie ruhen wird, ausgearbeitet worden sind. Während wir diese Dinge, diese äußerst wichtigen Dinge tun, wollen wir uns sehr klar darüber sein, und aller Welt sehr klar machen, was unsere Beweggründe und Ziele sind.

Mein Geist ist durch die unglücklichen Ereignisse der letzten zwei Monate nicht aus seiner gewohnten und normalen Richtung abgelenkt worden, und ich glaube nicht, daß der Geist der Nation durch sie verändert oder getrübt worden ist. Ich habe genau dasselbe im Sinn, was ich im Sinne hatte, als ich am 22. Januar zum Senate sprach, dasselbe, was ich im Sinne hatte, als ich am 3. Februar und am 28. Februar zum Senate sprach. Unser Ziel ist jetzt wie damals, die Grundsätze des Friedens und der Gerechtigkeit im Leben der Welt gegen selbstsüchtige und autokratische Macht zu verteidigen und unter den wirklich freien und sich selbst regierenden Völkern der Welt eine solche Vereinbarung in Plan und Handlung aufzurichten, die hinfort noch Beobachtung dieser Grundsätze strebt.

Neutralität ist nicht länger tadellos oder wünschenswert, wo es um den Frieden der Welt und um die Freiheit ihrer Völker geht; und die Bedrohung dieses Friedens und dieser Freiheit liegt in dem Vorhandensein einer autokratischen Regierung, geknüpft auf organisierte Macht, die völlig von ihrem Willen abhängig ist, nicht von dem Willen ihres Volkes. Wir stehen am Beginn eines Zeitalters, in dem man darauf bestehen wird, daß dieselben Richtlinien des Verhaltens und der Verantwortlichkeit für begangenes Unrecht unter Nationen und ihren Regierungen eingehalten werden wie unter einzelnen Bürgern zivilisierter Staaten.

Wir haben keinen Streit mit dem deutschen Volke. Wir haben gegen dieses nur ein Gefühl der Sympathie und der Freundschaft. Seine Regierung hat nicht auf sein Betreiben gehandelt, als sie in diesen Krieg eintrat. Das geschah nicht mit vorheriger Kenntnis oder Billigung des Volkes. Es war ein Krieg, der beschlossen wurde, so wie in alten unglücklichen Zeiten Kriege

beschlossen wurden, als die Völker von ihren Regierenden nirgends befragt wurden, und Kriege hervorgerufen und geführt wurden im Interesse von Dynastien oder von kleinen Gruppen Ehrgeiziger, die gewohnt waren, ihre Mitbürger als Schachfiguren und Werkzeuge zu benutzen. Völker mit Selbstregierung über Schwemmen nicht ihre Nachbarstaaten mit Spionen oder sehen Intrigen in Gang, um irgendeinen kritischen Zustand herbeizuführen, der ihnen eine Gelegenheit gibt, zum Schlage auszuholen und Eroberungen zu machen. Solche Pläne können mit Erfolg nur unter der Decke ausgearbeitet werden und da, wo niemand ein Recht hat, Fragen zu stellen. Schlau erfundene Pläne für Betrug und Angriff, die die Aussicht von Generation zu Generation weitergegeben werden, können nur in der Heimlichkeit des Hofes oder hinter sorgfältig gewachter Vertraulichkeit in einer engbegrenzten und bevorrechteten Klasse ausgearbeitet werden. Sie sind glücklicherweise unmöglich, wo die öffentliche Meinung den Ausschlag gibt und auf vollständiger Mittelung über alle Angelegenheiten der Nation besteht.

Eine feste Vereinigung für den Frieden kann nur aufrechterhalten werden, wenn die Mitglieder demokratische Nationen sind. Man könnte einer autokratischen Regierung das Vertrauen schenken, daß sie ihr treu bleiben oder ihre Vereinbarungen innehalten würde. Es muß ein Bund der Ehre sein, eine Beilegung aus Ueberzeugung. Nur freie Völker können mit ihren Absichten und ihrer Ehre an dem gemeinsamen Ziele festhalten und die Interessen der Menschheit irgendwelchen engbegrenzten eigenen Interessen voranstellen.

Ich nicht jeder Amerikaner, daß unsere Hoffnung auf einen künftigen Weltfrieden eine Verfristung zuteil geworden ist durch die wundervollen und zu Herzen gehenden Dinge, die sich in den letzten wenigen Wochen in Rußland ereignet haben? Rußland war bei denen, die es am besten kannten, als in Wirklichkeit im Herzen demokratisch bekannt, in der wesentlichen Art seines Denkens, in allen intimen Verhältnissen seines Volkes, was sich in seinen natürlichen Instinkten und seiner gewohnten Lebenshaltung ausdrückte. Die Autokratie, die den Gipfel seines politischen Baues krönte, so lange sie auch geherrscht hat, und so schrecklich sie in ihrer Macht war, war in Wirklichkeit nicht Rußland in seinem ursprünglichen Wesen oder Wesen, und jetzt ist sie abgestürzt worden, und das große edle russische Volk hat sich in all seiner nationalen Majestät und Macht den Kräften hinzugefügt, die für die Freiheit in der Welt, für Gerechtigkeit und für den Frieden kämpfen. Hier ist ein geeignetes Mitglied für einen Bund der Ehre.

Einer der Umstände, der dazu beigetragen hat, uns davon zu überzeugen, daß die preussische Autokratie unser Freund nicht war und nie sein konnte, war der, daß sie von Anbeginn des Krieges an unsere arglosen Körperschaften und selbst die Büros unserer Regierung mit Spionen überflutet hat und daß verbrecherische Intrigen überall Fuß faßten gegen unsere nationale Einigkeit in der Beratung, gegen unseren Frieden im Innern und überall in unserer Industrie und unserem Handel. Es ist jetzt in der Tat klar, daß ihre Spione hier waren, noch ehe der Krieg begann, und es ist leider nicht eine bloße Vermutung, sondern eine vor unseren Gerichtshöfen erwiesene Tatsache, daß die Intrigen, die mehr als einmal verhängnisvoll nahe daran waren, den Frieden zu stören und die Industrien des Landes zu verwirren, auf Anstiftung, mit Unterstützung und sogar unter persönlicher Leitung beamteter Agenten der kaiserlichen Regierung, die bei der Regierung der Vereinigten Staaten beglaubigt waren, durchgeführt worden sind. Selbst bei der Hemmung dieser Dinge und beim Versuche, sie auszuwachen, haben wir uns bemüht, ihnen eine möglichst großmütige Auslegung zuteil werden zu lassen, weil wir wußten, daß sie nicht irgendwelchem feindlichen Gefühl oder Absicht des deutschen Volkes gegen uns entsprangen (des Volkes, das zweifellos ebensowenig Kenntnis davon hatte, wie wir), sondern nur den selbstsüchtigen Plänen einer Regierung, die tat, was ihr gefiel und ihrem Volke nichts davon mitteilte.

Diese Dinge haben dazu beigetragen, uns schließlich davon zu überzeugen, daß diese Regierung keine freundschaftlichen Gefühle gegen uns hegt und gewillt ist, wenn es ihr paßt, gegen unseren Frieden und unsere Sicherheit zu handeln, das heißt, daß sie unter unseren eigenen Augen als Feind gegen uns handelt, wie die aufgefängene Rote an den deutschen Gesandten in Mexiko in berebter Weise dazut. Wir nehmen diese in feindlicher Absicht erlassene Herausforderung an, weil wir wissen, daß wir in einer solchen Regierung, die solche Wege einschlägt, niemals einen Freund haben können, und daß es angesichts ihrer organisierten Macht, die immer auf der Lauer liegt, um wir wissen nicht was für einen Plan auszuführen, keine wirkliche Sicherheit für die demokratischen Regierungen der Welt geben kann.

Wir sind jetzt daran, den Fehdehandschuh dieses natürlichen Feindes der Freiheit aufzunehmen, und wir werden, wenn nötig, die ganze Kraft der Nation dazu verwenden, seine Annahmung und seine Macht im Zaume zu halten und zu vernichten zu machen. Wir freuen uns, da wir die Tatsachen nicht vom Schleier falschen Scheins umgeben sehen, so für den endlichen Frieden der Welt und für die Befreiung ihrer Völker, mit Einschluß des deutschen Volkes, zu kämpfen, für die Rechte der großen und kleinen Nationen und für das Borrecht der Menschen, überall ihre Art zu leben, selbst zu wählen. Die Welt muß für die Demokratie sicher gemacht werden. Ihr Friede muß auf die erprobten Grundlagen der Freiheit gepflanzt werden.

Wir brauchen keine selbstsüchtigen Zwecke zu fördern. Wir wünschen keine Eroberung, keine Herrschaft. Wir suchen keine Entschädigungen für uns selbst, keinen materiellen Ersatz für die Opfer, die wir ausgiebig bringen werden. Wir sind nur einer der Verfechter der Rechte der Menschheit. Wir werden aufrechten sein, wenn diese Rechte so gesichert worden sind, wie sie der gute Glaube und die Freiheit der Nationen sichern können.

Gerade weil wir ohne Groß und ohne selbstsüchtigen Zweck sechten und nichts für uns suchen, was wir nicht wünschen werden, mit allen freien Völkern zu teilen, werden wir, darauf vertraue ich, unsere Unternehmungen als Kriegführende ohne Leidenschaft ausführen, und wir werden mit stolzer Genauigkeit die Grundzüge von Recht und ehrlichem Spiel beachten, für die zu sechten wir uns bekennen.

Ich habe nichts über die mit der deutschen Regierung verbandenen Regierungen gesagt, da sie nicht Krieg gegen uns geführt oder uns dazu herausgefordert haben, außer Recht und unter